
„Neue Migrationen“ und „Alte Migrationen“

Der Wandel der bundesdeutschen Migrationsverhältnisse

Jochen Oltmer

Was ist neu an der aktuellen Migrationssituation der Bundesrepublik Deutschland? Seit den frühen 1990er Jahren gilt das Interesse der Forschung in verschiedenen europäischen Staaten „Neuen Migrationen“ (King 1993, Koser und Lutz 1998, Castles und Miller 2003). In der Zwischenzeit wurden verschiedenste Bewegungen und Kontexte den „Neuen Migrationen“ zugeordnet, manche davon sind längst „Alte Migrationen“ geworden. Selten ist in der Debatte Wert darauf gelegt worden, zu einer systematischen Einschätzung des Neuen zu kommen. Das Neue wird häufig behauptet, selten aber belegt (Engbersen und Snel 2013, S. 24f.).

Das Neue lässt sich nur dann angemessen beschreiben, wenn zugleich ein Blick auf das Alte geworfen wird. Erforderlich ist es mithin, lange Linien im Wandel der europäischen und deutschen Migrationsverhältnisse herauszuarbeiten. Zwei verschiedene Perspektiven könnten sich mit dem Reden über „Neue“ im Verhältnis zu „Alten Migrationen“ verbinden: Zum einen wäre es möglich, dass sich neue von alten Migrationen durch unterschiedliche Muster und Formen unterscheiden. Zum andern könnten Veränderungen im Kontext nationaler, europäischer und globaler Migrationsregime neue Migrationspfade und -möglichkeiten zur Folge gehabt haben, die zu einer Veränderung der Migrationstopographie führten, nicht aber die grundlegenden Muster und Formen der Migration berührten. Im Folgenden wird im Aufriss ein sehr knapper Überblick zu den Kontinuitäten und Brüchen der bundesdeutschen Migrationsverhältnisse der vergangenen Jahrzehnte geboten. Deutlich gemacht werden kann auf diese Weise, ob und inwieweit sich die aktuelle Konstellation von jener der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unterscheidet (ausführlich: Oltmer 2016c, Oltmer 2017).

1 Die Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs und ihre langen migratorischen Folgen

Umfangreiche Gewaltmigrationen prägten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst die deutschen Migrationsverhältnisse: Flucht, Vertreibung und die Aufnahme von Schutzsuchenden bildeten eine weitreichende gesellschaftliche und politische Herausforderung. Schätzungen gehen davon aus, dass in Europa unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 25 Millionen Menschen zu Bewegungen im Raum gezwungen wurden, vornehmlich in Mittel-, Ostmittel-, Südost- und Osteuropa. Für die beiden 1949 gegründeten deutschen Staaten zogen die Volkszählungen von 1950 eine Bilanz der Fluchtbewegungen und Vertreibungen von Deutschen. Danach waren insgesamt ca. 12,5 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den nunmehr in polnischen und sowjetischen Besitz übergegangenen ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus den Siedlungsgebieten der ‚Volksdeutschen‘ in die Bundesrepublik Deutschland und in die DDR gelangt. Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 galten die Bewegungen selbst zwar als beendet, die Folgen der Gewaltmigrationen der Nachkriegszeit beschäftigten aber die Bundesrepublik Deutschland auf unterschiedliche Art und Weise über Jahrzehnte und bis in die Gegenwart (wichtige neuere Gesamtdarstellungen: Kossert 2008; Beer 2011; Douglas 2012; Piskorski 2013).

Als Kriegsfolgen wurden in der Bundesrepublik auch die Zuwanderungen von Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern politisch und rechtlich konzeptualisiert. Dem 1953 verabschiedeten Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) gelten sie als Bewegungen im Anschluss an Flucht und Vertreibung von Deutschen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Sie führten (bei sehr geringen Rückwanderungsraten) seit Anfang der 1950er Jahre 4,5 Millionen Menschen aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa in die Bundesrepublik, allerdings mit erheblichen Verlagerungen im Blick auf das Gewicht für die Migrationssituation: In den rund dreieinhalb Jahrzehnten bis 1987 erreichten rund 1,5 Millionen Aussiedler die Bundesrepublik Deutschland. Sie kamen überwiegend aus Polen und aus Rumänien. Mit der politischen Öffnung in der UdSSR und dem Ende des ‚Kalten Krieges‘ gingen die Zahlen seit 1987/88 dann rasch nach oben. Seither kamen etwa drei Millionen Aussiedler überwiegend aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten in die Bundesrepublik Deutschland, mit einem Schwerpunkt in den späten 1980er und in den frühen 1990er Jahren (s. Abbildung 1) (Bade und Oltmer (Hrsg.) 2003; Panagiotidis 2016).

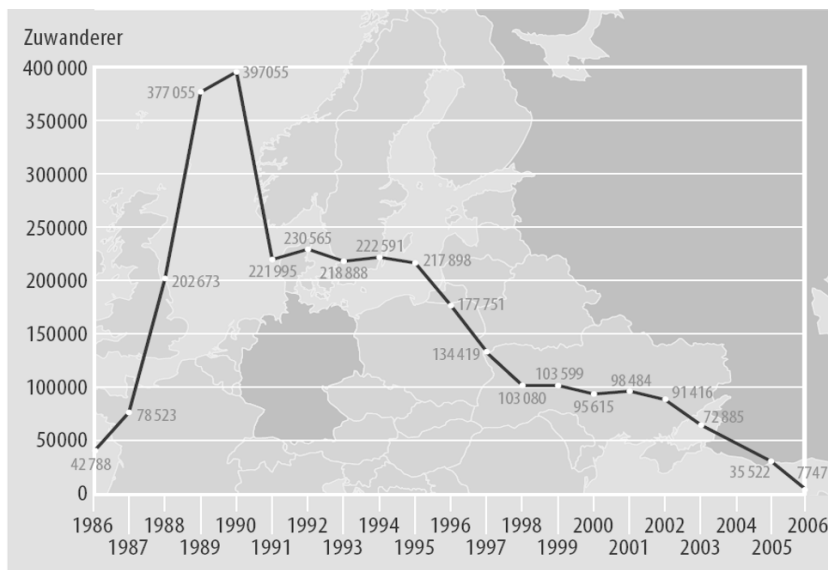


Abb. 1 Aussiedlerzuwanderung in den Jahren 1986 bis 2006

Datenquelle: Bundesministerium des Innern

Seit Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts kann die Aussiedlerzuwanderung als belanglos für die bundesdeutsche Migrationsstatistik gelten. Ihre Folgen für die Zusammensetzung der bundesdeutschen Bevölkerung allerdings sind es bis heute nicht. Blickt man auf den Gesamtzeitraum seit Gründung der Bundesrepublik lässt sich Folgendes konstatieren: Die Aussiedlerzuwanderung bildete sowohl eine Folge des Zweiten Weltkriegs als auch eine Folge der Beendigung des ‚Kalten Krieges‘. Neu war sie mithin nach 1989/90 nicht. Als besonders wirkungsmächtig für die bundesdeutschen Migrationsverhältnisse erwies sich das Nachkriegskonzept der Zulassung des Grenzübertritts und der Niederlassung von Aussiedlern aber vornehmlich im Kontext der Veränderung der weltpolitischen Ordnung Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre.

Die Aussiedlerzuwanderung gehört in einen weiteren europäischen Zusammenhang; denn die Zunahme der Migration von als Minderheiten verstandenen Kollektiven bildete ein zentrales Element des Anstiegs der Ost-West-Wanderungen nach den Grenzöffnungen 1989/90. Die Bewegungen strebten teilweise in solche Staaten im Westen Europas, in denen sich in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs und

während des ‚Kalten Krieges‘ eine privilegierende Politik gegenüber konnationalen Gruppen etabliert hatte. Schätzungen zufolge sollen die vier Millionen Menschen, die Ostmittel-, Südost- und Osteuropa allein zwischen 1989 und 1992 verließen, überwiegend Angehörige von Minderheiten gewesen sein.

Zu den Konnationalen zählten die rund 70.000 Pontos-Griechen, die vor allem seit 1987 aus der UdSSR sowie aus deren Nachfolgestaaten nach Griechenland kamen. Mehrere Hunderttausend polnische ‚Repatrianten‘ aus der UdSSR oder aus der Ukraine und aus Kasachstan zogen nach Polen. Hunderttausende Juden aus Osteuropa wanderten nach Israel aus oder fanden Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland. Karelrier strebten nach Finnland, Tschechen aus Wolhynien (Ukraine) und Serbien in die Tschechische Republik, Slowaken aus Ungarn und der Ukraine in die Slowakei. Den größten Umfang erreichte allerdings die Zuwanderung von Aussiedlern in die Bundesrepublik.

2 Die Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland

Seit Ende der 1950er Jahre prägte die Debatte um die Ausgestaltung grenzüberschreitender Arbeitsmigration das politische und mediale Reden und Schreiben über die bundesdeutschen Migrationsverhältnisse – auch über den ‚Anwerbestopp‘ von 1973 hinweg. Erstes Ergebnis war der 1955 abgeschlossene Anwerbevertrag mit Italien. Er leitete die Phase der millionenfachen Beschäftigung ausländischer Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik Deutschland ein. Warum dieser Vertrag? 1955 gab es in der Bundesrepublik zwar immer noch eine Million Erwerbslose, allerdings herrschte Hochkonjunktur und die Zahl offener Stellen war seit Anfang der 1950er Jahre von Jahr zu Jahr angestiegen. In einigen Branchen warnten die Arbeitgeber bereits vor einem absehbaren Arbeitskräftemangel. Möglichkeiten einer weiteren Ausdehnung des Arbeitskräftepotentials wurden in und zwischen den verschiedenen beteiligten Bundesministerien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden intensiv diskutiert. Hinzu traten für besonders gewichtig erachtete außenpolitische Erwägungen: Die Initiative für den Vertragsabschluss ging von Italien aus. Die Bundesrepublik, die eben erst souverän geworden war, wollte sich außenpolitische Handlungsspielräume eröffnen und auf der internationalen Bühne an Profil gewinnen.

Dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt stand 1955 weiterhin eine wichtige Quelle zur permanenten Ergänzung durch in der Regel gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung: die Zuwanderung aus der DDR. Von der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 bis zum Mauerbau 1961 kamen wahrscheinlich mehr als 3 Millionen

Deutsche aus der DDR in die Bundesrepublik. Vor diesem Hintergrund blieb das Abkommen mit Italien zunächst für den Arbeitsmarkt weitgehend irrelevant: 1955–1960 war die Zahl der Italiener in der Bundesrepublik auf nur ca. 120.000 gestiegen, im gleichen Zeitraum aber kamen rund 1,6 Millionen Menschen aus der DDR (Heidemeyer 1994; Ackermann 1995; Melis und Bispinck (Hrsg.) 2006; Wolff 2016).

Mit dem Mauerbau 1961 endete diese Massenzuwanderung abrupt und die Beschäftigung von Arbeitskräften aus dem Ausland stieg sprunghaft an. Von 1961 bis zum ‚Ölpreisschock‘ 1973, der den ‚Anwerbestopp‘ veranlasste, wuchs die ausländische Erwerbsbevölkerung von ca. 550.000 auf rund 2,6 Millionen an. Bei den 1960 mit Griechenland und Spanien sowie 1961 mit der Türkei abgeschlossenen Anwerbevereinbarungen waren arbeitsmarktpolitische Interessen der Bundesrepublik schon wesentlich wichtiger als außenpolitische Argumente, die aber dennoch weiterhin ihre Bedeutung behielten. Neben die bereits erwähnten Abkommen traten Verträge mit Marokko 1963, Portugal 1964, Tunesien 1965 und Jugoslawien 1968 (im Überblick: Oltmer, Kreienbrink und Sanz Díaz (Hrsg.) 2012).

Die hohe Fluktuation bildete ein zentrales Kennzeichen der Arbeitsmigration: Zwischen 1955 und 1973 kamen ca. 14 Millionen ausländische Arbeitskräfte in die Bundesrepublik, mehr als 11 Millionen von ihnen wanderten im gleichen Zeitraum wieder ab. Die beinahe 3 Millionen, die blieben, zogen in der Folge ihre Familien nach. Am stärksten vertreten unter den ‚Gastarbeitern‘ waren zuerst Italiener, Spanier und Griechen. Seit Ende der 1960er Jahre stiegen die Anteile der jugoslawischen und vor allem der türkischen Staatsangehörigen. Der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik wuchs von 1,2 Prozent im Jahr 1960 über 4,9 Prozent im Jahr 1970 auf 7,2 Prozent im Jahr 1980 und blieb in den 1980er Jahren annähernd auf dieser Höhe. 1980 waren rund 33 Prozent türkische Staatsangehörige, gefolgt von jugoslawischen mit 14 Prozent und italienischen mit 13,9 Prozent.

Arbeitsmigranten aus dem Ausland übernahmen in der Regel un- und angelernte Tätigkeiten in der industriellen Produktion, zumeist auf Arbeitsplätzen mit erheblicher körperlicher Beanspruchung und gesundheitlicher Belastung. Als Arbeitskräftepotenzial mit hoher Fluktuation wurde ihnen eine konjunkturelle Pufferfunktion zugewiesen. Das zeigte sich in der ersten Rezession 1966/67 ebenso wie in der Wirtschaftskrise seit 1973: Infolge der Krise von 1966/67 ging die Beschäftigung ausländischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik um ca. 30 Prozent von 1,3 Millionen auf 0,9 Millionen (Januar 1968) zurück. Sie stieg dann wieder erheblich an, um zwischen 1973 und 1977 abermals um ca. 29 Prozent zu schrumpfen – besonders augenfällig in stark konjunkturabhängigen Erwerbsbereichen, wie zum Beispiel im Baugewerbe: Die Zahl einheimischer Bauarbeiter

nahm 1973–1976 um 15 Prozent, die der zugewanderten hingegen um 41 Prozent ab (Bade 1983, S. 59–95).

Mit der Rezession der 1970er Jahre verlor das wirtschaftliche Interesse an der Beschäftigung zugewanderter Arbeitskräfte an Bedeutung. Der ‚Anwerbestopp‘ verfestigte allerdings die Bleibeabsichten; denn Migrantinnen und Migranten, die ihre Arbeitsverhältnisse beendeten, um für einige Zeit in ihre Heimat zurückzukehren, hatten in der Regel keine Chance mehr, erneut als Arbeitswanderer zugelassen zu werden. Wollten sie nicht auf Dauer von ihren Familien im Herkunftsland getrennt leben, standen sie vor der Alternative einer endgültigen Rückkehr oder eines Familiennachzugs in die Bundesrepublik. Die Folge war, dass die Zahl derer stieg, die blieben und ihre Familien nachholten. 1980 hielt sich ein Drittel bereits zehn oder mehr Jahre in Deutschland auf, 1985 lag dieser Anteil schon bei 55 Prozent. Aus sogenannten ‚Gastarbeitern‘ waren Einwanderer geworden, Niederlassungsprozesse wurden immer offensichtlicher.

Dennoch ignorierten die Bundesregierungen nach dem ‚Anwerbestopp‘ die klar sichtbaren Integrationstendenzen und die Verfestigung des Aufenthaltsstatus. Die Migrationspolitik wurde zusehends restriktiver, was sich in immer zahlreicheren und unübersichtlichen Verwaltungsanordnungen niederschlug. Je länger aber der Aufenthalt dauerte, desto gefestigter wurde der Aufenthaltsstatus. Die Rechtsansprüche an den Wohlfahrtsstaat bzw. dessen Leistungsverpflichtung gegenüber der zugewanderten Bevölkerung wuchsen. Vornehmlich Gerichte, nicht aber die Politik setzten damit Regeln für die Integration (Bade und Bommes 2000, S. 163–204).

Ein politischer Wandel kam erst mit der Jahrtausendwende: Am Beginn des 21. Jahrhunderts standen in der Bundesrepublik erleichterte Einbürgerung, Zuwanderungsgesetz und Integrationsprogramme. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahre 2000 brachte den Abschied von der einseitigen Orientierung am Prinzip der Vererbung der Staatsangehörigkeit und dessen Ergänzung um das Territorialprinzip des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch Geburt im Land. Diese Reform war Ergebnis der Diskussion um als ‚Integrationsprobleme‘ perzipierte Veränderungen in der Einwandererbevolkerung, um die Bedeutung demographischer Faktoren für die Entwicklung der Sozialsysteme und um Perspektiven einer gesteuerten Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte.

Mit den Debatten der späten 1960er und frühen 1970er Jahre um die ökonomischen, sozialen, infrastruktur- und sicherheitspolitischen ‚Kosten‘ der über Anwerbeabkommen initiierten Arbeitsmigration in die Bundesrepublik, die in die Entscheidung zum ‚Anwerbestopp‘ mündeten, hatte das politische und gesellschaftliche Reden und Schreiben über die Integrationsverhältnisse jener Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten begonnen, die sich in Deutschland niedergelassen hatten. Neu war nicht nur die bis heute fortgeführte Debatte um Integration (hierzu und

zum Folgenden: Berlinghoff 2013). Neu war auch der starke Familiennachzug, der in den kommenden Jahrzehnten einen erheblichen Teil der Zuwanderungen in die Bundesrepublik ausmachte: Obgleich die Zahl der Erwerbstätigen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit von 2,6 Millionen 1973 über ca. 1,8 Millionen 1977 und 1,6 Millionen 1989 sank, blieb die ausländische Wohnbevölkerung 1973 (3,97 Millionen) wie 1979 (4,14 Millionen) vornehmlich wegen des Familiennachzugs in etwa konstant und stieg bis 1989 auf knapp 4,9 Millionen an.

Seit den 1980er Jahren prägten verstärkt die Folgen der europäischen Integration aufgrund der Freizügigkeit im Binnenmarkt das Migrationsgeschehen der Bundesrepublik. Das Ziel der Freizügigkeit hatten bereits die Römischen Verträge von 1957 formuliert. Zunächst gab es zwar noch keine konkreten Regelungen über die Möglichkeiten der freien Bewegung von Arbeitskräften in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Drei Schritte aber manifestierten das Ziel: Eine Verordnung der EWG gab 1961 die Arbeitsaufnahme in einem anderen Mitgliedsstaat grundsätzlich frei und hob die Visumpflicht auf. 1964 folgte die Aufhebung des ‚Inländervorrangs‘, womit eine wesentliche Barriere für die Arbeitsmigration beseitigt wurde. Seit 1968 schließlich war für Arbeitsmigranten innerhalb der EWG keine Arbeitserlaubnis mehr nötig (Goedings 2005). Vor allem für die italienischen Arbeitskräfte, die in großer Zahl in den fünf anderen Staaten lebten, die sich entschlossen hatten, die europäische Integration voranzutreiben, erwiesen sich diese Regelungen zunächst als bedeutsam.

1974, zu dem Zeitpunkt, als alle europäischen Staaten, die über Anwerbeverträge Arbeitskräfte aus den Mittelmeeranrainerstaaten rekrutiert hatten, mit Hilfe von Anwerbestoppmaßnahmen ihre Migrationspolitik grundlegend umorientierten, beschloss der Europäische Rat auf dem Pariser Gipfel die Gründung einer Passunion mit dem Ziel, die nationalen Grenzen weiter zu öffnen und einen Beitrag für die Förderung einer europäischen Identität zu leisten. Eine Verminderung oder gar ein Ende der Grenzkontrollen ergab sich damit allerdings noch nicht: Sorge um die nationale Sicherheit und Angst vor einem Verlust migrationspolitischer Kontrolle verhinderten eine Umsetzung. Erst der zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand 1984 im Rahmen des ‚Saarbrücker Abkommens‘ vereinbarte sukzessive Abbau der Kontrollen an der beiderseitigen Grenze brachte eine Wende: Die Bundesrepublik, Frankreich und die Benelux-Staaten vereinbarten im Sommer 1985 im luxemburgischen Grenzort Schengen die schrittweise Reduzierung der Grenzkontrollen. In den 1990er Jahren wurde das Abkommen umgesetzt, in das EU-Recht überführt und um weitere EU-Mitgliedstaaten ergänzt. Es bildete den Grundstein für die Freizügigkeit der Unionsbürger und führte zugleich zur Entwicklung von Regeln für die Kontrollen an den Außengrenzen der EU, einschließlich einer gemeinsamen Visa-Politik, ei-

ner intensivierten Zusammenarbeit von Polizei und Justiz. ‚Schengen‘ erwies sich insgesamt als zentraler Ausgangspunkt für eine europäisierte Migrationspolitik nach dem Ende des ‚Kalten Krieges‘ (Pudlat 2013; Siebold 2013).

Bis in die Gegenwart stammen Zuwanderungen in Bundesrepublik weitaus überwiegend aus Europa sowie von den 1960er bis zu den 1990er Jahren auch aus der Türkei. Während westeuropäische Staaten wie Großbritannien, Frankreich, die Niederlande oder Belgien bereits seit den späten 1940er Jahren im Kontext kolonialer und postkolonialer Zuwanderung Ziel von Migrantinnen und Migranten aus aller Welt in größerer Zahl wurden, erlebte die Bundesrepublik eine Globalisierung der Migrationsverhältnisse erst seit den 1970er und 1980er Jahren. Diese neuen Bewegungen aus Afrika, Asien und den Amerikas insbesondere im Kontext von Bildungsmigrationen und der Schutzsuche von Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg und Maßnahmen autoritärer Systeme ausgewichen waren, führten zwar in der Regel nicht zu hohen Einwandererzahlen aus einzelnen nicht-europäischen Ländern in die Bundesrepublik, aber zu einer zunehmenden Diversifizierung der Herkünfte der Migrantinnen und Migranten.

3 Ende des ‚Kalten Krieges‘, europäische Integration und Osterweiterung der EU

Das Ende des ‚Kalten Krieges‘ 1989/90 bildete zweifelsohne einen weiteren Einschnitt für die bundesdeutschen Migrationsverhältnisse: Der Niedergang und schließlich die Auflösung der Sowjetunion als Führungsmacht des ‚Ostblocks‘, die daraus resultierenden weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa, die 1990 auch die deutsche Vereinigung ermöglichten, bahnten Migrationen von Ost nach West an. Wirtschaft und Gesellschaft veränderten sich im Osten Europas seit Anfang der 1990er Jahre in einem langen, durchaus konfliktreichen Prozess grundlegend: Die Zentralverwaltungsökonomien wandelten sich zu Marktwirtschaften, staatliche Unternehmen wurden privatisiert, Preise für Grundnahrungsmittel und Mieten nicht weiter subventioniert, Beschäftigungsgarantien endeten. Vor allem durch den beschleunigten Umbau in den 1990er Jahren wuchsen Erwerbslosigkeit, Inflationsraten und Preise, während Ersparnisse entwertet wurden, viele Qualifikationen nicht mehr den Anforderungen zu genügen schienen und Realeinkommen sanken. Noch im Jahre 2000 – also zehn Jahre nach der weltpolitischen Wende 1989/90 – erreichte beispielsweise das Bruttosozialprodukt pro Kopf in Ostmitteleuropa lediglich 36 Prozent des für West- und Mitteleuropa ermittelten Wertes (Morawska 1999).

Die über Jahrzehnte durch den ‚Eisernen Vorhang‘ blockierte Ost-West-Migration, die vor dem Zweiten Weltkrieg die europäische Migrationstopographie gekennzeichnet hatte, gewann erneut erheblich an Bedeutung. Ein Großteil der Ost-West-Arbeitsmigration nach 1989 richtete sich zunächst auf die westlichen Nachbarstaaten jenseits des ehemaligen ‚Eisernen Vorhangs‘: Menschen aus Südosteuropa, darunter vornehmlich Albaner, wanderten bevorzugt nach Italien oder Griechenland aus. Nach Österreich kamen vor allem Menschen aus Jugoslawien bzw. dessen Nachfolgestaaten, während in der Bundesrepublik Deutschland vornehmlich polnische Arbeitsmigranten beschäftigt wurden. Ein guter Teil der grenzüberschreitenden Beschäftigung vollzog sich in Pendelbewegungen oder saisonalen Wanderungen: Viele der Migranten arbeiteten im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in Hotels oder Haushalten als Pflegekräfte. Die Neuzuwanderer gingen oft dorthin, wo sie auf Verwandte oder Bekannte trafen: 56 Prozent der Zuwanderer etwa, die zwischen 1989 und 1991 vorwiegend aus Südosteuropa nach Wien kamen, verfügten über verwandtschaftliche oder andere private Beziehungen am Zielort und konnten auf Hilfe bei den ersten Schritten nach der Ankunft zählen (Dietz 2005).

Unter den Ost-West-Migrationen dominierten zahlenmäßig zunächst die Bewegungen von Polen. Die in der EG/EU registrierten polnischen Arbeitswanderer arbeiteten in den 1990er Jahren zu drei Vierteln in Deutschland. Um dauerhafte Einwanderung zu verhindern und die Zuwanderung in jene Arbeitsmarktbereiche zu lenken, in denen der Bedarf besonders hoch zu sein schien, vereinbarte die Bundesrepublik Deutschland Anfang der 1990er Jahre mit einem Großteil der Staaten im Osten Europas Abkommen zur Regelung der Arbeitsmigration. Die Bundesrepublik griff mithin, wie bereits von den späten 1950er bis zu den frühen 1970er Jahren auf bilaterale Verträge mit Herkunftsstaaten zurück. Zentral waren dabei einerseits die Beschränkung des Umfangs der Zuwanderung auf der Basis des Bedarfs des Arbeitsmarkts sowie andererseits eine Einschränkung auf saisonale bzw. kurzfristige Tätigkeiten (meist ein bis drei Monate). Auch andere west- und mitteleuropäische Staaten schlossen in den 1990er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts bilaterale Verträge. In deren Rahmen wurden beispielsweise im Jahr 2003 insgesamt 320.000 polnische Arbeitsmigrantinnen und -migranten beschäftigt, 95 Prozent davon in Deutschland (Dietz 2015).

Die deutsche Beschränkung der Arbeitsmigration durch Saisonalisierung trug dazu bei, dass mit der Zeit andere Länder Westeuropas attraktiver für polnische Zuwanderer wurden. Seit Mitte der 1990er Jahre zogen viele Polen verstärkt nach Spanien, Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien und nach Irland. Dass die Erwerbsbereiche in Deutschland, die besonders häufig polnische Arbeitskräfte nachfragten, seit Ende der 1990er Jahre auch zunehmend in weiter entfernt liegenden Gebieten Osteuropas Arbeitskräfte suchten, lag aber auch an der wirtschaftlichen

Entwicklung in Polen selbst: Polen entwickelte sich zum Zuwanderungsland; polnische Arbeitswanderer, darunter viele hochqualifizierte Kräfte, kehrten wegen der verbesserten Erwerbsmöglichkeiten in ihr Herkunftsland zurück. Zwischen 2000 und 2010 war nach Angaben der Vereinten Nationen die Zuwanderung nach Polen jährlich um durchschnittlich 4.000 Personen höher als die Abwanderung. Das war ein Grund, weshalb der erwartete Anstieg der Abwanderung aus Polen nach Mittel- und Westeuropa nach dem EU-Beitritt des Landes 2004 ausblieb. In den Jahren bis 2015 überstieg dann zwar die Abwanderung aus Polen wieder die Zuwanderung, blieb allerdings auf relativ niedrigem Niveau (15.000 Personen wanderten jährlich mehr aus als zu).

Schließlich führte die Osterweiterung der Europäischen Union 2004 und 2007 zu einer erneuten Veränderung der Migrationsverhältnisse: Aufgrund der Freizügigkeit, die allen Unionsbürgern gewährt wird, verloren viele der Barrieren, die eine Ost-West-Bewegung zunächst beschränkt hatten, an Bedeutung. In Deutschland lebten Ende 2015 vier Millionen Angehörige anderer EU-Mitgliedstaaten, das entspricht 4,8 % der gesamten Bevölkerung. Mit 741.000 Personen stellten Polen darunter die größte Herkunftsgruppe. Auch die Zuwanderung aus den 2007 in die EU aufgenommenen Staaten Rumänien und Bulgarien hinterlässt deutliche Spuren in der Statistik: Rumänen machten 2015 453.000 Migranten in der Bundesrepublik aus, Bulgaren 227.000. Der überwiegende Teil der Rumänen und Bulgaren war erst nach dem EU-Beitritt in die Bundesrepublik gezogen: Während die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Unionsbürgern in Deutschland 2015 bei über 16 Jahren lag, erreichten bulgarische Staatsangehörige einen Wert von nur 4,8 und rumänische von 4,4 Jahren. Die Zuwanderung aus Kroatien, dem jüngsten EU-Land, ist demgegenüber anders geartet: Der Zuzug aus Kroatien hat sich von 2013 (25.200 Personen) auf 2015 (57.412) zwar mehr als verdoppelt (bei allerdings zeitgleich starken Fortzügen). Der größte Teil der Menschen mit kroatischer Staatsangehörigkeit lebt allerdings schon seit langem in der Bundesrepublik: Sie halten sich hier durchschnittlich seit 24,4 Jahren auf – ein Wert der darauf verweist, dass Kroatien als Teil Jugoslawiens zu den Anwerbeländern im Kontext der ‚Gastarbeiter‘-Zuwanderung in den 1960er Jahren gehörte. Die kroatische Zuwanderung ist mithin neu und alt zugleich (Statistisches Bundesamt 2015).

Zu beachten bleibt die hohe Fluktuation: Wie schon im Kontext der Arbeitsmigration der 1960er und frühen 1970er Jahre ist die Zuwanderung aus den osteuropäischen EU-Beitrittsländern in der Regel auf temporäre Aufenthalte in Deutschland ausgerichtet, weshalb hohe Zuwanderung mit hoher Abwanderung korrespondiert: So stand der Zuwanderung von 213.000 Rumänen 2015 die Abwanderung von 127.000 gegenüber, 84.000 Bulgaren wanderten zu, 46.000 wieder ab.

2012–2014 wurde in der Bundesrepublik intensiv über eine ‚Armutsmigration‘ aus Rumänien und Bulgarien diskutiert, die teils als ‚Zuwanderung in die Sozialsysteme‘ tituliert worden ist. Dabei nahmen Medien und politische Akteure vor allem einzelne Kommunen in den Blick, die als besonders belastet erschienen. Tatsächlich aber ist neben der ungleichen Verteilung auf die einzelnen Bundesländer – die Neuzuwanderer wählen vor allem die wirtschaftsstarken Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg als Ziel – auch eine Konzentration auf einzelne Großstädte auszumachen: In München lebten im Jahr 2014 23.000 Staatsangehörige aus Rumänien und Bulgarien, es folgten Frankfurt a. M. mit 14.000, Berlin mit 12.000 sowie Duisburg mit 11.000. Dabei ergab sich in den verschiedenen Kommunen eine je unterschiedliche soziale Zusammensetzung der rumänischen und bulgarischen Zuwandererbevolkerung: Unter den Bulgaren und Rumänen in Duisburg waren 33 Prozent erwerbslos, in Dortmund 26 Prozent, in anderen Kommunen aber erheblich weniger (Hanganu, Humpert und Kohls 2014; IAB 2014; EU-Freizügigkeit 2014). Deshalb sind die Aufwendungen für Sozialleistungen je nach Kommune sehr unterschiedlich. Die Zuwanderung von Bulgaren und Rumänen stellt keineswegs als Ganzes eine Herausforderung für die Kommunen dar, sondern vor allem für einige wenige finanzschwache Städte.

Politisch werden seit 2014 Maßnahmen diskutiert, die die EU-Freizügigkeit bundesweit betreffen. Im Gespräch sind Wiedereinreisesperren, Strafen für unrichtige und unvollständige Angaben bei der Beantragung von Aufenthaltstiteln, eine Beschränkung und stärkere Kontrolle des Sozialhilfe- und Kindergeldbezuges sowie intensivere Prüfungen bei Gewerbebeanmeldungen und eine stärkere Bekämpfung organisierter Schwarzarbeit (Staatssekretärsausschuss 2014). Der Nutzen bleibt zweifelhaft. Sie dürften die Ost-West-Migration nicht verringern, allerdings erhebliche Kosten für die Durchführung der Maßnahmen in Bund, Ländern und Kommunen mit sich bringen. Verdrängt wurde diese Debatte schließlich durch die überaus intensiven und sehr kontroversen Diskussionen um die Formen und Folgen des starken Anstiegs der Zahl der Asylsuchenden seit Ende 2014.

4 Asylzuwanderung und Aufnahme von Schutzsuchenden

1948 schrieb die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen erstmals ein individuelles Asylrecht fest. Artikel 14, Absatz 1 lautet: „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen.“ Nur selten allerdings wurde diese Formel in nationales Recht überführt.

Eine Ausnahme bildete die Bundesrepublik Deutschland. Der 1948/49 geschaffene Artikel 16, Absatz 2, Satz 2 des Grundgesetzes bot mit der Formulierung „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ ein im internationalen Vergleich weitreichendes Grundrecht auf dauerhaften Schutz: Darauf habe jeder politisch Verfolgte, der nach Westdeutschland komme, ohne Einschränkungen einen verfassungsrechtlich einklagbaren Anspruch (Überblicke: Klausmeier 1984; Wolken 1988; Münch 1998).

Das in den Diskussionen des Parlamentarischen Rates 1948/49 entwickelte Asylgrundrecht bildete eine Reaktion auf die vor allem rassistisch motivierten Austreibungen aus dem Deutschland des ‚Dritten Reichs‘ und markierte damit eine symbolische Distanzierung von der nationalsozialistischen Vergangenheit. Zudem demonstrierte es gegenüber den drei westlichen Besatzungsmächten die Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem bei der Gründung der Vereinten Nationen festgeschriebenen menschenrechtlichen Regelungen. Noch stärker bestimmend aber war ein weiterer Aspekt: Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates gingen davon aus, dass der größte Teil derjenigen, die das Asylrecht im Westen in Anspruch nehmen könnten, aus der Sowjetischen Besatzungszone käme. Jede Präzisierung des Asylartikels aber müsse zu unerwünschten Beschränkungen der Möglichkeit ihrer Aufnahme führen. Die Konkurrenz der politischen Systeme in Ost und West im Kontext des ‚Kalten Krieges‘ und die bevorstehende Teilung Deutschlands bildeten mithin wesentliche Perspektiven für die Formulierung eines Grundrechts auf Asyl.

Weil das Grundgesetz den Tatbestand der ‚politischen Verfolgung‘ nicht näher definierte, ergab sich in den folgenden Jahrzehnten ein konfliktreicher, bis heute andauernder Prozess des ständigen Neudefinierens: Zu klären galt es, was das Politische ist und welche Form und Reichweite die Verfolgung zu gewärtigen hat. In den 1950er Jahren vertrat die Bundesregierung auch international die Auffassung, der junge westdeutsche Staat könne insbesondere angesichts der Millionen deutscher Vertriebenen aus dem Osten und der Massenzuwanderung aus der DDR nicht auch noch Flüchtlinge aus dem Ausland aufnehmen.

Lange war das Gewicht der Bundesrepublik als Asylland gering. In den 20 Jahren von der Staatsgründung 1949 bis 1968 beantragten nur knapp über 70.000 Menschen Asyl. In den ersten 30 Jahren der Existenz der Bundesrepublik schwankten die Asylbewerberzahlen zwischen dem Minimum von rund 2.000 im Jahre 1953 und dem Maximum von ca. 51.000 im Jahre 1979 (s. Abbildung 2). Bis in die 1960er Jahre kamen Asylsuchende weit überwiegend von jenseits des ‚Eisernen Vorhangs‘ aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa: Die jährlichen Anteile von Asylsuchenden aus dem ‚Ostblock‘ schwankten zwischen 72 und 94 Prozent (Poutrus 2016, S. 874–879).

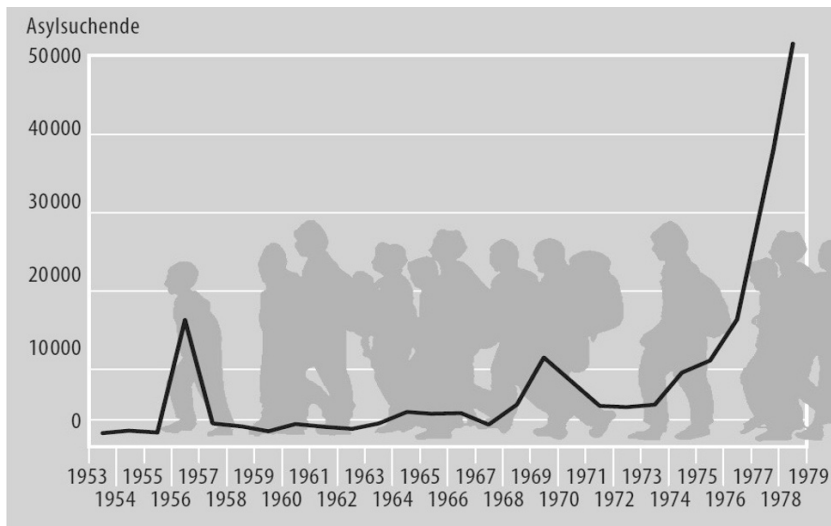


Abb. 2 Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland 1953 bis 1979

Datenquelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Besondere politische und mediale Aufmerksamkeit erreichten in der Bundesrepublik die vietnamesischen Schutzsuchenden seit Mitte der 1970er Jahre. Die Aufnahme der ‚boat people‘ war kennzeichnend für den Bedeutungsgewinn der Flüchtlingszuwanderung von außerhalb Europas. Zu Beginn der 1980er Jahre kamen vor dem Hintergrund des Militärputsches in der Türkei, des Systemwechsels im Iran mit der Einrichtung der ‚Islamischen Republik‘ sowie der innenpolitischen Konflikte in Polen angesichts des Aufstiegs der Gewerkschaftsbewegung ‚Solidarność‘ neue umfangreiche Zuwanderungen hinzu. 1980 überschritt deshalb die Zahl der Asylsuchenden erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Marke von 100.000 (Oltmer 2016b).

Zwar ging der Umfang der Asylzuwanderung zunächst wieder zurück, stieg aber ab Mitte der 1980er Jahre wieder an. Hintergrund war nun insbesondere die politische und wirtschaftliche Krise in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa. Zunächst wuchs die Zahl jener Polen, Ungarn und Tschechoslowaken rasch, die Asyl in Mittel- und Westeuropa beantragten. Bald folgten Rumänen, Bulgaren und Albaner. Die Zahl der Asylantragssteller in der Bundesrepublik wuchs 1988 erneut auf einen Wert von über 100.000, erreichte 1990 rund 190.000 und 1992 schließlich den Höchststand von fast 440.000. Zugleich änderte sich die Zusammensetzung

der Gruppe der Asylbewerber wiederum grundlegend: 1986 waren noch rund 75 Prozent aus dem globalen Süden gekommen. 1993 hingegen stammten 72 Prozent aus Europa (hierzu und zum Folgenden: Bade und Oltmer 2004, S. 86–88, 106–117).

Millionenfache Fluchtbewegungen hatte in den 1990er Jahren vor allem das Zerschlagen Jugoslawiens zur Folge, das in die Kriege in und um Slowenien im Sommer 1991, in und um Kroatien in der zweiten Jahreshälfte 1991 beziehungsweise im Frühjahr und Sommer 1995, in und um Bosnien-Herzegowina 1992 bis 1995 sowie in und um den Kosovo 1998/99 mündete. 1995 waren nach Angaben des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen 3,7 Millionen Flüchtlinge im Kontext des Jugoslawien-Konflikts innerhalb der Region ausgewichen. Hinzu traten mehrere hunderttausend Flüchtlinge, die andere Staaten Europas für unterschiedlich lange Zeiträume aufnahmen (Selm (Hrsg.) 2000; Barutciski und Suhrke 2001; Calic 2006).

Vor allem im Krieg um Bosnien-Herzegowina stieg die Zahl der Schutzsuchenden in West- und Mitteleuropa stark an. Schätzungen gehen davon aus, dass wegen der kriegesischen Auseinandersetzung in und um Bosnien-Herzegowina rund 2,5 Millionen Menschen flohen. Etwa 600.000 von ihnen wichen innerhalb Bosnien-Herzegowinas aus, eine ähnlich hohe Zahl blieb in den Staaten der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien. Etwa 1,3 Millionen Menschen flohen in andere Staaten, von denen wahrscheinlich rund die Hälfte EU-Staaten erreichte.

1997, also bereits nach dem Ende des Krieges, hielten sich noch rund 580.000 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina in EU-Staaten auf – darunter mit 340.000 der größte Teil in der Bundesrepublik Deutschland. Die massiven Zerstörungen – insbesondere von Wohnraum und Infrastruktur – behinderten die Rückwanderungen, die in den späten 1990er Jahren allerdings rasch zunahmen. Vor allem Deutschland setzte dabei auf eine Politik des erhöhten Drucks zur Rückkehr: Ein prekärer Aufenthaltsstatus und Abschiebungen bewirkten, dass sich die Zahl der Schutzsuchenden aus Bosnien-Herzegowina in Deutschland bis 2003 auf ein Zehntel des Wertes von 1997 verringerte.

Im letzten Staatenbildungskonflikt in Südosteuropa – dem Krieg im und um den Kosovo – blieben die Flüchtlinge demgegenüber vornehmlich in der Region selbst: Sie überschritten die Grenzen der Nachbarstaaten, um nach dem Ende des Konflikts sogleich wieder zurückzukehren: Von den rund 900.000 Flüchtlingen, die den Kosovo im Frühling und Sommer 1999 verließen, nahm allein der Nachbarstaat Albanien 500.000 auf, Mazedonien weitere über 200.000, Montenegro wahrscheinlich 70.000. Demgegenüber nahm sich die Zahl von ca. 43.000 Asylanträgen in West- und Mitteleuropa zwischen April und Juni 1999 gering aus. Bereits einen Monat nach dem Ende der Kampfhandlungen sollen 80 Prozent aller Schutzsuchenden in den Kosovo zurückgekehrt sein.

In West- und Mitteleuropa bildeten weitreichende und scharfgeführte politische und publizistische Diskussionen um mögliche Grenzen der Aufnahmebereitschaft („Asylantenflut“, „Das Boot ist voll“) und um den vorgeblichen Missbrauch von Asylrechtsregelungen eine erste Reaktion, auf die bald Einschränkungen des Grenzübertritts und des Zugangs zu den Asylverfahren folgten. In der Bundesrepublik setzten 1986 neue Versuche ein, die Asilmigration einzudämmen: Sie reichten von der Sperre der Einreisewege über die DDR und Ost-Berlin seit Oktober 1986 bis zur Asylrechtsnovelle vom Januar 1987, die unter anderem restriktive Visavorschriften für Staatsangehörige von neun afrikanischen und asiatischen Hauptherkunftsländern von Asylsuchenden umfasste. Diese Reaktionen auf den Anstieg der Asylantragszahlen entsprachen einem längerfristigen Trend; denn je häufiger seit den späten 1970er Jahren das bundesdeutsche Asylrecht in Anspruch genommen worden war, desto stärker wurde es mit Hilfe gesetzlicher Maßnahmen und Verordnungen eingeschränkt.

Zu diesem Zeitpunkt galt die Bundesrepublik längst als ein anerkanntes Mitglied der westlichen Staatenwelt. Sie glaubte nun, anders als zum Zeitpunkt der Formulierung des Asylgrundrechts 1948/49, nicht mehr belegen zu müssen, dass sie menschenrechtliche Standards einhalten wollte. Die nationalsozialistische Vergangenheit galt zudem als so weit „bewältigt“, dass kaum mehr Veranlassung bestand, mit einem offenen Asylrecht symbolische Distanzierung zu demonstrieren. Und die grundlegende innerdeutsche Zielrichtung der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise DDR spielte ohnehin schon lange keine Rolle mehr: Bereits 1951 waren die deutlich ansteigenden Zuwanderungen aus der DDR durch die Einführung des asylähnlichen „Notaufnahmeverfahrens“ aus dem Asylrecht ausgeklammert worden (Oltmer 2002).

Mit der deutschen Vereinigung 1990 verloren die genannten Hintergründe für die Schaffung eines weitreichenden Asylrechts endgültig ihre Bedeutung; der Weg zur lange umstrittenen Grundgesetzänderung, die 1993 schließlich erfolgte, stand damit offen. Der „Kalte Krieg“ war beendet – und die Flüchtlingsaufnahme zählte nicht mehr als Erfolgsnachweis in der globalen Systemkonkurrenz. Sie erschien vielmehr als Zusatzbelastung für den Sozialstaat, zumal Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahren nicht nur die Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik wuchs (s. Abbildung 3): 1987 bereits waren, wie erwähnt, die Aussiedlerzahlen massiv angestiegen. Sie übersprangen 1988 knapp die Marke von 200.000 und erreichten 1990 schließlich fast 400.000. Hinzu kam in Westdeutschland die Zuwanderung aus der späten DDR beziehungsweise aus den neuen Bundesländern: 1989 erreichten fast 390.000 und 1990 rund 395.000 Menschen das Gebiet der alten Bundesrepublik. Außerdem wurden, wie erwähnt, zeitweilig Hunderttausende Bür-

gerkriegsflüchtlinge aus dem Raum Ex-Jugoslawiens aufgenommen, die allerdings nicht zum Asylverfahren zugelassen wurden.

Die bisweilen scharf polemisch geführte politische und publizistische Debatte um die Reform des Asylrechts Anfang der 1990er Jahre wurde seit Herbst 1991 von zunehmender Gewalt gegen Fremde durch vornehmlich jugendliche Täter begleitet. Die Akzeptanz von Gewalt gegen ‚Fremde‘ durch größere Teile der Gesellschaft, zunächst in den Neuen Bundesländern, dann auch im Westen der Republik nahm zu. Opfer waren anfangs meist Flüchtlinge: In Hoyerswerda wurden im September 1991 Asylsuchende angegriffen, verletzt und aus ihren Unterkünften vertrieben. In Hünxe wurden im Oktober 1991 zwei Flüchtlingskinder bei einem Brandanschlag schwer verletzt, in Rostock-Lichtenhagen Asylbewerber im August 1992 in ihren in Brand gesetzten Unterkünften belagert und angegriffen. In Mölln im November 1992 und in Solingen im Mai 1993 verbrannten schließlich mehrere Mitglieder türkischer Familien nach Anschlägen in ihren Häusern. Sie hatten seit Langem in Deutschland gelebt oder waren dort geboren und aufgewachsen.

Die Änderung des Grundrechts auf Asyl auf der Basis des im Dezember 1992 vereinbarten ‚Asylkompromisses‘ der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP mit der oppositionellen SPD wurde am 1. Juli 1993 rechtskräftig. Nach dem seither gültigen Artikel 16a des Grundgesetzes hat in aller Regel keine Chance mehr auf Asyl, wer aus ‚verfolgungsfreien‘ Ländern stammt oder über sogenannte ‚sichere Drittstaaten‘ einreist, mit denen Deutschland lückenlos umgeben ist. Asylrechtsreform und verschärfte Grenzkontrollen drückten die Zahl der Asylsuchenden 1993 auf ca. 320.000. 1998 unterschritten sie schließlich wieder die Schwelle von 100.000 und sanken in der Folge weiter.

Die Zahl der vom Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) für die vergangenen Jahrzehnte ermittelten Flüchtlinge schwankt, allerdings in relativ geringem Maße. Ausmachen lassen sich für die Zeit nach dem Ende des „Kalten Krieges“ zwei Hochphasen im globalen Fluchtgeschehen: die frühen 1990er Jahre und die Mitte der 2010er Jahre. Zwischen 1990 und 1994 bewegten sich die Flüchtlingszahlen zwischen dem Höchststand von 20,5 Millionen im Jahr 1992 und 18,7 Millionen 1994. Ähnlich hohe Werte wurden Mitte der 2010er Jahre wieder erreicht: 19,5 Millionen 2014 und 21,3 Millionen Mitte 2016. Zwischen diesen beiden Hochphasen lagen die Flüchtlingszahlen niedriger. Sie erreichten innerhalb des Zeitraums von 1997 bis 2012 einen Höchstwert von 15,9 Millionen im Jahr 2007, die niedrigste Anzahl verzeichnete man mit 13,5 Millionen im Jahr 2004. Wesentlich stärker als die Zahl der Flüchtlinge veränderte sich die Zahl der ‚Binnenvertriebenen‘ (s. Abbildung 4). Weil diese Kategorie keine Staatsgrenzen überschreitet, fällt sie nicht in den Regelungsbereich der Genfer Flüchtlingskonvention und auch nicht unter das Mandat des UNHCR. Deshalb sind die UN-Angaben

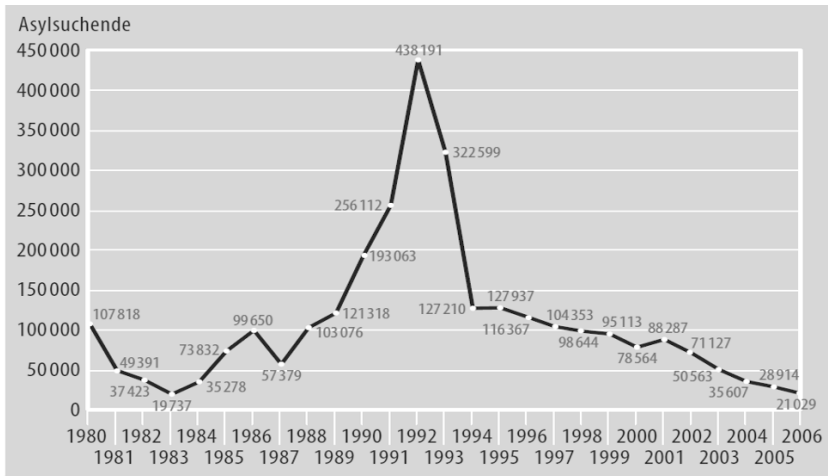


Abb. 3 Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland 1980 bis 2007

Datenquelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

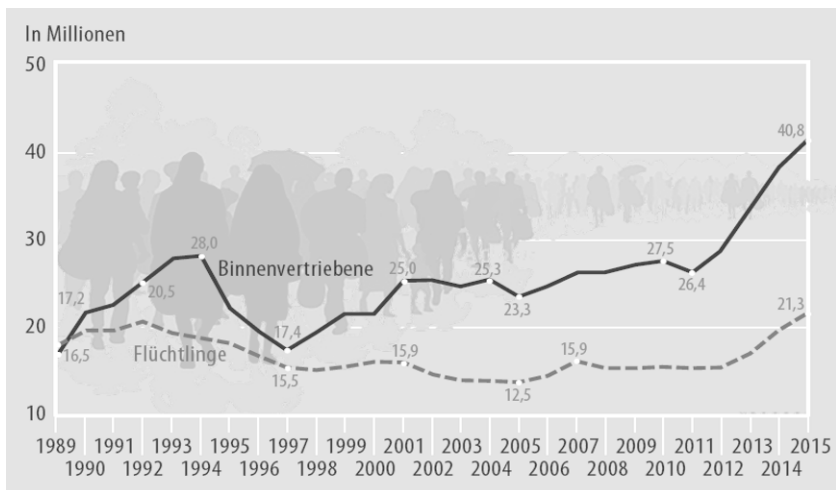


Abb. 4 Zahl der „Flüchtlinge“ und „Binnenvertriebenen“ 1989 bis 2015

Datenquelle: UNHCR

diesbezüglich noch deutlich unsicherer als jene zur Zahl der Schutzsuchenden, die Grenzen überschritten haben. Auch bei den Binnenvertriebenen lässt sich ein Schwerpunkt Anfang der 1990er Jahre ausmachen, 1994 zählte der UNHCR 28 Millionen. Während die Zahl der Flüchtlinge seit Anfang der 2000er Jahre allerdings ein Tief erreichte, steigt jene der Binnenvertriebenen seither mehr oder minder kontinuierlich an, von 21,2 Millionen im Jahr 2000 bis auf 40,8 Millionen 2015 (UNHCR 2016).

Flucht ist selten ein linearer Prozess, vielmehr bewegen sich Schutzsuchende meist in Etappen: Häufig lässt sich zunächst ein überstürztes Ausweichen in die nächste Stadt oder einen anderen als sicher erscheinenden Zufluchtsort in der unmittelbaren Nähe ausmachen, dann die Weiterwanderung zu Verwandten und Bekannten in einer benachbarten Region oder einem Nachbarstaat oder das Aufsuchen eines informellen oder regulären Lagers. Muster von (mehrfacher) Rückkehr und erneuter Flucht finden sich ebenfalls häufig. Hintergrund ist dabei nicht nur die Dynamik der sich stets verändernden und verschiebenden Konfliktlinien, sondern auch die Unmöglichkeit, an einem Fluchttort Sicherheit oder Erwerbs- beziehungsweise Versorgungsmöglichkeiten zu finden. Häufig müssen sich Menschen auf Dauer oder auf längere Sicht auf die Existenz als Flüchtling einrichten.

Durch die oft extrem beschränkte Handlungsmacht der Betroffenen ist Flucht also häufig durch Immobilisierung gekennzeichnet: vor Grenzen oder unüberwindlichen natürlichen Hindernissen, wegen des Mangels an (finanziellen) Ressourcen, aufgrund von migrationspolitischen Maßnahmen, fehlenden Papieren oder gering ausgeprägten Netzwerken. Daher rührt auch das Phänomen der Verstetigung von Lagern mit der Folge einer ‚Camp-Urbanisierung‘ und der Entwicklung von ‚Camp-Cities‘ mit zum Teil Großstadtcharakter. Ein Großteil der Flüchtlinge weltweit ist immobilisiert, unterliegt in sogenannten ‚protracted refugee situations‘ einem nicht selten prekären Schutz, hat aber zum Teil durch die Unterbindung von Bewegung Handlungsmacht eingebüßt und ist extrem sozial verletztlich.

Größere Fluchtdistanzen sind relativ selten, weil die finanziellen Mittel dafür fehlen und Transit- oder Zielländer die Migration behindern. Weil Flüchtlinge zudem meist nach einer raschen Rückkehr streben, suchen sie ohnehin in aller Regel Sicherheit in der Nähe der überwiegend im globalen Süden liegenden Herkunftsregionen. 95 Prozent aller afghanischen Flüchtlinge (2016: 2,5 Millionen) leben vor diesem Hintergrund in den Nachbarländern Pakistan oder Iran. Ähnliches gilt für Syrien, das sich seit 2011 im Bürgerkrieg befindet: Der Großteil der syrischen Schutzsuchenden, rund 5,5 Millionen, sind in die Nachbarländer Türkei (2016: 2,8 Millionen), Jordanien (650.000), Irak (225.000) und Libanon (1 Million) ausgewichen. Mit 6,3 Millionen lag dabei die Zahl der Menschen, die vor Gewalt innerhalb Syriens flohen und zu Binnenvertriebenen wurden, sogar noch deutlich

höher. Angesichts dessen überrascht es nicht, dass Staaten des globalen Südens 2016 nicht weniger als 84 Prozent aller weltweit registrierten Flüchtlinge und 99 Prozent aller Binnenvertriebenen beherbergten – mit seit Jahren steigender Tendenz im Vergleich zum Anteil des globalen Nordens. Noch 2003 hatte der Anteil der ärmeren Länder an den Flüchtlingen weltweit lediglich bei 70 Prozent gelegen (permanent aktualisierte statistische Angaben zur globalen Flüchtlingsfrage: UNHCR, Statistics Catalogue, <http://www.unhcr.org>). Vornehmlich der globale Süden ist also von der Zunahme der weltweiten Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen seit Anfang der 2010er Jahre betroffen.

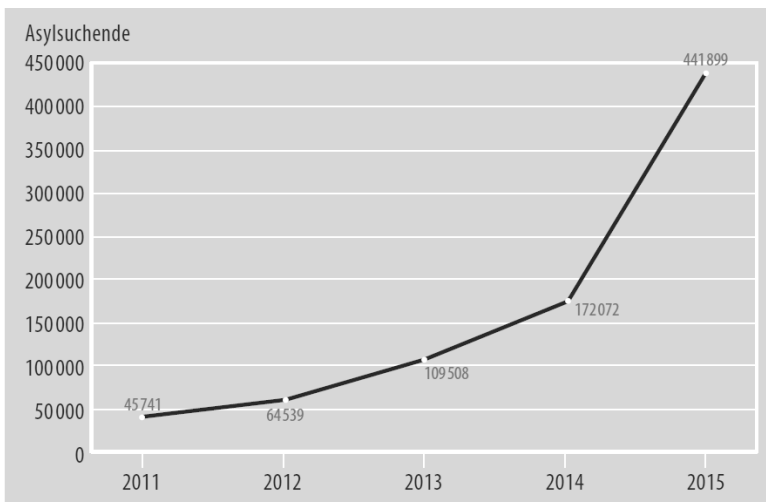


Abb. 5 Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland 2011 bis 2015
Datenquelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Obgleich in den vergangenen Jahren weltweit die Zahl der Flüchtlinge im Vergleich zur Zahl der Binnenvertriebenen nicht übermäßig stark angestiegen ist, lässt sich beobachten, dass Europa und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland seit 2011 deutlich vermehrt zum Ziel von globalen Fluchtbewegungen geworden sind (s. Abbildung 5). Dabei stellt sich insbesondere die Frage, warum 2015 und Anfang 2016 weitaus mehr Schutzsuchende in die Bundesrepublik kamen als in den Jahren zuvor. Sechs Elemente eines komplexen Zusammenhangs seien hier skizziert. Die Reihenfolge der Argumente repräsentiert keine Hierarchie, alle genannten Faktoren

stehen in einem unmittelbaren Wechselverhältnis zueinander (hierzu und zum Folgenden: Oltmer 2016a; Oltmer 2016d, Oltmer 2016e):

1. **Finanzielle Mittel:** Unzählige Studien belegen, dass Armut die Bewegungsfähigkeit massiv einschränkt (Haas 2008). Ein Großteil der Menschheit kann sich eine Migration über weite Distanzen nicht leisten. 2015 aber lagen wichtige Herkunftsländer von Asylsuchenden in der EU in relativer geographischer Nähe (Syrien, Irak, Südosteuropa). Die Kosten für die Bewegung von dort hielten sich mithin in Grenzen – zumindest im Vergleich zu Bewegungen aus anderen globalen Konfliktherden etwa in West- oder Ostafrika, Südasien oder Lateinamerika. Hinzu kam, dass mit der Türkei auch das wichtigste Erstziel des Großteils syrischer Schutzsuchender unmittelbar an EU-Länder grenzt – und zugleich vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszahl im Land, eines prekären Aufenthaltsstatus und sehr beschränkten Zugangs zu Bildung und zum regulären Arbeitsmarkt nur geringe Zukunftsperspektiven bot.
2. **Netzwerke:** Migration findet vornehmlich in Netzwerken statt, die durch Verwandtschaft und Bekannntschaft konstituiert sind. Deutschland war 2015 auch deshalb zum wichtigsten europäischen Ziel von Asylsuchenden geworden, weil es hier seit Längerem recht umfangreiche Herkunftskollektive gab, die für Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg und Maßnahmen autoritärer Systeme auswichen, eine zentrale Anlaufstation bildeten. Das galt nicht nur für Syrer, sondern auch für Iraker, Afghanen, Eritreer und Südosteuropäer. Weil migrantische Netzwerke die Wahrscheinlichkeit für weitere Migration erhöhen, hat die Zuwanderung von Asylsuchenden in die Bundesrepublik die 2015 zu beobachtende Dynamik gewonnen.
3. **Aufnahmeperspektiven:** Staaten entscheiden mit weiten Ermessensspielräumen über die Aufnahme von Migranten und den Status jener, die als Schutzberechtigte anerkannt werden. Die Bereitschaft, Schutz zu gewähren, bildet immer ein Ergebnis vielschichtiger Prozesse des Aushandelns durch Individuen, Kollektive und (staatliche) Institutionen, deren Beziehungen, Interessen, Kategorisierungen und Praktiken sich stets wandeln. Mit der permanenten Veränderung der politischen, administrativen, publizistischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Wahrnehmung von Migration verbindet sich ein Wandel im Blick auf die Frage, wer unter welchen Umständen als Flüchtling verstanden und wem in welchem Ausmaß und mit welcher Dauer Schutz oder Asyl zugebilligt wird. In den frühen 2010er Jahren und bis weit in das Jahr 2015 hinein ließ sich eine relativ große Aufnahmebereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland beobachten. Verantwortlich dafür war vor dem Hintergrund der günstigen Situation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt eine positive Zukunftserwartung in Politik, Wirtschaft und

Gesellschaft. Die seit Jahren laufende breite Diskussion um Fachkräftemangel und demographische Veränderungen führte ebenso zu einer Öffnung wie die Akzeptanz menschenrechtlicher Standards und die Anerkennung des Erfordernisses des Schutzes vornehmlich von Syrerinnen und Syrern, aus der auch eine große Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement resultierte.

4. **Aufhebung von Migrationsbarrieren:** Seit den 1990er Jahren hat die EU oder haben einzelne Mitgliedsländer ein System zur Abwehr von Fluchtbewegungen aufgebaut. Eine vielgestaltige europäische migrationspolitische Zusammenarbeit mit Staaten wie Libyen, Ägypten, Tunesien, Marokko, Albanien oder der Ukraine verhinderte seither weitgehend, dass Schutzsuchende die Grenzen der EU erreichen und um Asyl nachsuchen konnten (instruktive Beiträge bieten: Geiger und Pécoud (Hrsg.) 2012; Walton-Roberts und Hennebray (Hrsg.) 2014; Gammeltoft-Hansen 2011). Diese EU-Vorfeldsicherung ist aufgrund der Destabilisierung diverser Staaten am Rand der EU (unter anderem im Kontext des ‚Arabischen Frühlings‘, aber auch des Ukraine-Konflikts) zusammengebrochen. Der Zerfall der politischen Systeme war eng verbunden mit den tiefgreifenden Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007/08. Sie verschärfte die gesellschaftlichen Konflikte in zahlreichen EU-Anrainerstaaten, beschneit die staatlichen Handlungsmöglichkeiten und minimierte die Bereitschaft und die Reichweite einer Zusammenarbeit mit der EU.
5. **Auflösung des ‚Dublin-Systems‘:** Die Weltwirtschaftskrise wirkte nicht nur auf den äußeren Ring der Vorfeldsicherung gegen Flüchtlingszuwanderung jenseits der Grenzen der EU, sondern auch in den inneren Ring hinein. Das seit den frühen 1990er-Jahren entwickelte ‚Dublin-System‘ führte zu einer Abschließung der EU-Kernstaaten und insbesondere Deutschlands gegen weltweite Fluchtbewegungen, indem es die Verantwortung für die Durchführung eines Asylverfahrens jenen europäischen Staaten überließ, in die Flüchtlinge einreisten (Lavenex 2001). Das konnten nur Staaten an der EU-Außengrenze sein. Lange funktionierte das System, insbesondere deshalb, weil die Zahl der Flüchtlinge, die europäische Grenzen erreichten, seit Mitte der 1990er Jahre relativ niedrig lag. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und im Kontext des Anstiegs der Zahl der Asylsuchenden aber waren diverse europäische Grenzstaaten, vornehmlich Griechenland und Italien, in den vergangenen Jahren immer weniger bereit und in der Lage, die ungleich verteilten Lasten des Dublin-Systems zu tragen, Schutzsuchende zu registrieren und in das jeweilige nationale Asylverfahren einzufügen.
6. **Die Bundesrepublik als ‚Ersatz-Zufluchtsland‘:** Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise führte innerhalb der EU dazu, dass die Bereitschaft traditionsreicher und sehr gewichtiger Asylländer wie etwa Frankreich oder Großbritannien sehr

erheblich sank, Schutz zu gewähren. In diesem Kontext wurde die Bundesrepublik 2015 gewissermaßen ein Ersatz-Zufluchtsland und damit zu einem neuen Ziel im globalen Fluchtgeschehen.

Die globale Flüchtlingsfrage ist erst mit der deutlich vermehrten Zahl von Schutzsuchenden 2015 Gegenstand intensiver Diskussionen in Deutschland und Europa geworden – zuvor war das sehr selten der Fall, nicht zuletzt, weil das System des Schutzes vor Flüchtlingszuwanderung der EU über viele Jahre zu funktionieren schien. Seit den frühen 1990er-Jahren haben sich die EU-Staaten vor allem auf Abwehrinstrumente einigen können. Die Vergemeinschaftung einer Politik des Schutzes für Flüchtlinge ist bereits seit Jahren Teil der EU-Agenda. Einige wesentlichen Vereinbarungen konnten vor allem 2004/05 getroffen werden – just in einer Phase geringer Zahlen von Schutzsuchenden: Mindeststandards für Aufnahme und Versorgung von Asylsuchenden sowie Verfahrensgarantien und Regelungen zum subsidiären Schutz. Der Rahmen aber muss als fragmentiert bezeichnet werden, gewissermaßen ein in den Anfängen steckengebliebenes Projekt (Bendel 2015).

5 Fazit

Der Blick auf die bundesdeutschen Migrationsverhältnisse der vergangenen Jahrzehnte vermittelt ein vielgestaltiges Gesamtbild. Einzelne Grundelemente lassen sich ausmachen, die über Jahrzehnte Gültigkeit behielten: Die Herkunftsgebiete des weitaus überwiegenden Teil der Zuwanderer lagen und liegen in Europa (und längere Zeit in der Türkei, die im Zeitraum der Anwerbung von Arbeitskräften in den 1960er und frühen 1970er Jahren keineswegs als nicht-europäisch verstanden wurde). Dennoch hat sich die Migrationstopographie verschoben: Der Süden Europas (im Kontext der ‚Gastarbeiter‘-Anwerbung) verlor seit den 1980er Jahren gegenüber dem Osten (nach dem Ende des ‚Kalten Krieges‘) erheblich an Bedeutung, Herkunftsräume außerhalb des Kontinents gewannen an Gewicht (und zwar seit den 1970er Jahren), obgleich sie für die Gesamtzuwanderung nicht entscheidend waren.

Eine ausgeprägte Fluktuation, also hohe Zuwanderungen und zugleich hohe Abwanderungen kennzeichnete sowohl ältere (‚Gastarbeiter‘-Periode) als auch neuere (Ost-West-Migration) Bewegungen. Ein Nebeneinander von stark und weniger stark regulierten Migrationen lässt sich durchgängig ausmachen: Die Arbeitsmigration der 1960er und frühen 1970er Jahre war einerseits durch die bilateralen Anwerbeabkommen weitreichend reguliert, zugleich aber vor dem Hintergrund des hohen Bedarfs an Arbeitskräften durch umfangreiche Bewegungen aus den Herkunftss-

ländern der ‚Gastarbeiter‘-Zuwanderung geprägt, die jenseits der Anwerbeapparate funktionierten. Der Abbau von Migrationsbarrieren wegen der schon in den 1960er Jahren durchgesetzten Regelungen zur europäischen Freizügigkeit kennzeichnete die Migration von Italienerinnen und Italienern bereits seit den 1960er Jahren. Er wirkte dann im Kontext insbesondere der Süd- und Südosterweiterung der EG auch für andere der ehemaligen Herkunftsstaaten der ‚Gastarbeiter‘-Zuwanderung (Spanien, Portugal, Griechenland). Kaum regulieren ließ sich der seit den 1970er Jahren für die Migrationssituation sehr belangvolle Familiennachzug.

Der beschleunigte politische und ökonomische Umbruch in Europa durch das Ende des ‚Kalten Kriegs‘ bedeutete den Zusammenbruch des ‚Eisernen Vorhangs‘, der für viele Jahrzehnte eine Migrationsbarriere dargestellt hatte. Neue Bewegungen stellten sich ein, die einen raschen Regulierungsschub zur Folge hatten: In diesem Kontext gehörte die Einschränkung des Asylgrundrechts 1993 wie die Beschränkungen der Aussiedlerzuwanderung seit 1990 und die Saisonalisierung der Ost-West-Arbeitsmigration mit Hilfe bilateraler Verträge. Dennoch wuchs die Zahl der Menschen, die aus dem Osten Europas nach Deutschland kamen und sich länger in Deutschland aufhielten. Das galt selbst für die durch politische Maßnahmen stark saisonalisierte polnische Migration. Dennoch wuchs auch die Zahl der Polinnen und Polen stetig an, die für längere Zeiträume in Deutschland lebten. Auch deshalb führte die EU-Freizügigkeit für polnische Staatsangehörige nicht zu einer erheblichen Steigerung des Umfangs der polnischen Migration in die Bundesrepublik. Das war im Kontext der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU etwas anders: Die Zahl der rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen wuchs rascher an, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer günstigen Situation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland, die sich erheblich unterschied von der Konstellation in weiten Teilen Europas, die seit 2007/08 weiterhin durch die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt blieb (weshalb viele Migrationen von Rumänen und Bulgaren in die Bundesrepublik auch Sekundärwanderungen aus Italien oder Spanien waren).

Wie schon in den frühen 1990er Jahren wurde erneut Mitte der 2010er Jahre die Zuwanderung von Asylsuchenden zu einem zentralen Thema der politischen, öffentlichen und medialen Diskussion. Während in den 1990er Jahren vornehmlich Bewegungen aus (Südost-)Europa auszumachen waren, wurde in den 2010er Jahren die Bundesrepublik erstmals in ihrer Geschichte in erheblichem Umfang Ziel von Bewegungen von Schutzsuchenden von außerhalb des europäischen Kontinents. Während ein Großteil der Asylsuchenden der 1990er Jahre vor dem Hintergrund einer begrenzten Konfliktdauer im Kontext der Kriege und Bürgerkriege um Ex-Jugoslawien sowie einer restriktiven Asylpolitik (Nicht-Zulassung zum Asylverfahren, hohe Zahl von Abschiebungen) in ihre Herkunftsregionen

zurückkehrten (oder weiterwanderten) deutet darauf für die Konstellation Mitte der 2010er Jahre weit weniger hin.

Literatur

- Abschlussbericht des bundesdeutschen Staatssekretärsausschusses zu ‚Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten‘. 2014. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2014/abschlussbericht-armutsmigration.pdf?jsessionid=5C32D-FEAC2B8368ABBD31D30472595B.2_cid364?__blob=publicationFile. Zugriffen: 26. Dezember 2016.
- Ackermann, Volker. 1995. *Der ‚echte‘ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961*. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch.
- Bade, Klaus J. 1983. *Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880–1980*, Berlin: Colloquium.
- Bade, Klaus J. und Bommers, Michael. 2000. Migration und politische Kultur im „Nicht-Einwanderungsland“. In: *Migrationsreport 2000. Fakten – Analysen – Perspektiven*, hrsg. Klaus J. Bade und Rainer Münz, 163–204. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Bade, Klaus J. und Oltmer, Jochen (Hrsg.). 2003. *Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa*, 2. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht unipress.
- Bade, Klaus J. und Oltmer, Jochen. 2004. *Normalfall Migration*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Barutciski, Michael und Suhrke, Astri. 2001. Lessons from the Kosovo Refugee Crisis. In: *Innovations in Protection and Burden-sharing. Journal of Refugee Studies* 14 (2): 95–134.
- Beer, Mathias. 2011. *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*. München: C.H. Beck.
- Bendel, Petra. 2015. *Flüchtlingspolitik der Europäischen Union*. Bonn: Friedrich Ebert-Stiftung.
- Berlinghoff, Marcel. 2013. *Das Ende der ‚Gastarbeit‘. Europäische Anwerbestopps 1970–1974*, Paderborn: Schöningh.
- Calic, Marie-Janine. 2006. Die ‚ethnischen Säuberungen‘ im ehemaligen Jugoslawien. In: *Definitionsmacht, Utopie, Vergeltung. ‚Ethnische Säuberungen‘ im östlichen Europa des 20. Jahrhunderts*, hrsg. Ulf Brunnbauer, 125–143. Berlin: Lit.
- Castles, Stephan und Miller, Marc J. 2003. *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Dietz, Barbara. 2005. *Europäische Integration von unten? Mittel- und osteuropäische Migranten in Deutschland und die Rolle transnationaler Netzwerke im EU-Erweiterungsprozess*. München: Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa.
- Dietz, Barbara. 2016. Die Bundesrepublik Deutschland im Fokus neuer Ost-West-Wanderungen. In: *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, hrsg. Jochen Oltmer, 999–1019, Berlin/Boston: de Gruyter.
- Douglas, Ray M. 2012. *„Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg*. München: C.H. Beck.

- Engbersen, Godfried und Snel, Erik. 2013. Liquid migration. Dynamic and Fluid Patterns of Post-Accession Migration Flows. In: *Mobility in Transition. Migration Patterns after EU Enlargement*, hrsg. Birgit Glorius, Izabela Grabowska-Lusinska und Aimee Kuvik, 21–40. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Gammeltoft-Hansen, Thomas. 2011. *Access to Asylum. International Refugee Law and the Globalisation of Migration Control*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Geiger, Martin und Pécoud, Antoine (Hrsg.). 2012. *The Politics of International Migration Management*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Goedings, Simone. 2005. *Labor Migration in an Integrating Europe. National Migration Policies and the Free Movement of Workers 1950–1968*. Den Haag: Sdu Uitgevers.
- Grote, Janne. 2014. EU-Freizügigkeit: Fakten zur Einwanderung von Rumänen und Bulgaren. *Newsletter Migration und Bevölkerung* (1), <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/176533/fakten-zur-einwanderung>. Zugegriffen: 26. Dezember 2016.
- Haas, Hein de. 2008. The Myth of Invasion. The Inconvenient Realities of African Migration to Europe. *Third World Quarterly* 29 (7): 1305–1322.
- Hanganu, Elisa, Humpert, Stephan und Kohls, Martin. 2014. *Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien*. Nürnberg: BAMF.
- Heidemeyer, Helge. 1994. *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer*. Düsseldorf: Droste.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). 2014. *Zuwanderungsmonitoring Bulgarien und Rumänien*. Oktober. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- King, Richard (Hrsg.). 1993. *The New Geography of European Migrations*. London/New York: Belhaven Press.
- Klausmeier, Simone. 1984. *Vom Asylbewerber zum ‚Scheinasylant‘. Asylrecht und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973*. Berlin: Express Edition.
- Koser, Khalid und Lutz, Helma. 1998. The New Migration in Europe. Contexts, Constructions and Realities. In: *The New Migration in Europe. Social Constructions and Social Realities*, hrsg. Khalid Koser und Helma Lutz, 1–17. London: Macmillan.
- Kossert, Andreas. 2008. *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*. München: Siedler.
- Lavenex, Sandra. 2001. *The Europeanisation of Refugee Policies. Between Human Rights and Internal Security*. Aldershot: Ashgate.
- Melis, Damian van und Bispinck, Henrik (Hrsg.). 2006. *„Republikflucht“ Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961*. München: Oldenbourg.
- Morawska, Ewa. 1999. *The New-Old Transmigrants, their Transnational Lives, and Ethnicization. A Comparison of 19th/20th and 20th/21st Century Situations*. Florenz: European University Institute.
- Münch, Ursula. 1998. *Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen*. 2. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Oltmer, Jochen. 2002. Vertreibung und Asyl im 19. und 20. Jahrhundert. In: *Migration in der europäischen Geschichte seit dem späten Mittelalter*, hrsg. Klaus J. Bade, 107–134 (IMIS-Beiträge, H. 20), Osnabrück: IMIS.
- Oltmer, Jochen, Kreienbrink Axel und Sanz Díaz, Carlos (Hrsg.). 2012. *Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*. München: Oldenbourg.

- Oltmer, Jochen. 2016a. Flucht und Flüchtlinge. Hintergründe, Muster und Folgen von Gewaltmigration im frühen 21. Jahrhundert. *Politikum. Analysen – Kontroversen – Bildung. Vierteljahrszeitschrift* 2 (3): 4–13.
- Oltmer, Jochen. 2016b. Gewaltmigration und Aufnahme von Schutzsuchende im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert. *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften/Journal for Comparative Government and European Policy (ZSE)*, 14 (4): 455–482.
- Oltmer, Jochen. 2016c. *Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert* (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 86), 3. Aufl. Berlin/Boston: de Gruyter.
- Oltmer, Jochen. 2016d. Schutz für Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland. Der Blick zurück. In: *Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge*, hrsg. Anja Reschke, 202–217. 6. Aufl. Reinbek: Rowohlt.
- Oltmer, Jochen. 2016e. Schutz für Flüchtlinge. Das Aushandeln von Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis* 1 (1): 33–44.
- Oltmer, Jochen. 2017. *Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Panagiotidis, Jannis. 2016. Staat, Zivilgesellschaft und Aussiedlermigration 1950–1989. In: *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, hrsg. Jochen Oltmer, 895–930, Berlin/Boston: de Gruyter.
- Piskorski, Jan M. 2013. *Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*. München: Siedler.
- Poutrus, Patrice G. 2016. Zuflucht im Nachkriegsdeutschland. Politik und Praxis der Flüchtlingsaufnahme in Bundesrepublik und DDR von den späten 1940er Jahren bis zur Grundgesetzänderung im vereinten Deutschland von 1993. In: *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, hrsg. Jochen Oltmer, 853–893, Berlin/Boston: de Gruyter.
- Pudlat, Andreas. 2013. *Schengen. Zur Manifestation von Grenze und Grenzschutz in Europa*. Hildesheim: Olms.
- Selm, Joanne van (Hrsg.). 2000. *Kosovo's Refugees in the European Union*, London: Pinter.
- Siebold, Angela. 2013. *ZwischenGrenzen. Die Geschichte des Schengen-Raums aus deutschen, französischen und polnischen Perspektiven*. Paderborn: Schöningh.
- Statistisches Bundesamt. 2015. *Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- UNHCR. 2016. *Forced Displacement in 2015. Global Trends*. Genf: UNHCR.
- Walton-Roberts, Margaret und Hennebry, Jenna (Hrsg.). 2014. *Territoriality and Migration in the E.U. Neighbourhood*. Dordrecht: Springer.
- Wolff, Frank. 2016. Deutsch-deutsche Migrationsverhältnisse. Strategien staatlicher Regulierung. In: *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, hrsg. Jochen Oltmer, 773–814, Berlin/Boston: de Gruyter.
- Wolken, Simone. 1988. *Das Grundrecht auf Asyl als Gegenstand der Innen- und Rechtspolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt a. M.: Peter Lang.

Neue Mobilitäts- und Migrationsprozesse und
sozialräumliche Segregation

Ceylan, R.; Ottersbach, M.; Wiedemann, P. (Hrsg.)

2018, VI, 256 S. 12 Abb., 7 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-18867-2